

[Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen:
LandespersonalvertretungsG NRW](#)

Kommentar

Bearbeitet von

Dr. Jörg Laber, Dr. Martin Pagenkopf, Dr. Martin Brock, Falk Grünebaum, Yukiko Hitzelberger-Kijima, Dirk Lenders, Werner M. Mues, Dr. Oliver Reinartz, Dr. Axel Rosenthal

1. Auflage 2017. Buch. XXX, 966 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 68119 6

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 1747 g

[Recht > Arbeitsrecht > Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Personalvertretung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

BECK'SCHE KOMMENTARE ZUM ARBEITSRECHT

HERAUSGEGEBEN VON GÖTZ HUECK UND DIRK NEUMANN
BAND XXXIII



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Landespersonal- vertretungsgesetz

Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Jörg Laber

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln

Dr. Martin Pagenkopf

Rechtsanwalt, Richter am BVerwG a. D., Köln

Bearbeitet von

RA, FAArbR Dr. Martin Brock, Köln;

Oberregierungsrat Falk Grünebaum, Essen;

RAin, FAArbR Yukiko Hitzelberger-Kijima, Düsseldorf;

RA, FAArbR Dr. Jörg Laber, Köln;

RA Dirk Lenders, St. Augustin;

RA, FAArbR Werner M. Mues, Köln;

RA Dr. Martin Pagenkopf, Richter am BVerwG a. D., Köln;

RiArbG Dr. Oliver Reinartz, Düsseldorf;

Oberregierungsrat Dr. Axel Rosenthal, Bonn

2017

VERLAG C.H.BECK





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 68119 6

© 2017 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Parapluie

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die landesrechtlichen Normen über die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst reichen bis in die frühe Geschichte des Landes NRW zurück. In begrenzter Form war schon durch die „Betriebsvereinbarung der Landesregierung“ vom 17.3.1948 (MBL. 1949, 738) eine Mitbestimmung der Bediensteten vorgesehen. Das hier zu kommentierende Landespersonalvertretungsgesetz datiert dann vom 3.12.1974 und ist in der Folgezeit zahlreichen Änderungen ausgesetzt, die auch mit dem Wechsel der politisch-parlamentarischen Verhältnisse in NRW zusammenhängen. Die letzte Änderung erfolgte durch Art. 3 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Land NRW vom 8.12.2015. Diese Änderung ist zum 1.7.2016 in Kraft getreten.

Die Ausgestaltung und insbesondere die Erweiterung von Beteiligtenrechten der Bediensteten der öffentlichen Hand werfen nicht nur im Lande NRW das Problem auf, dass ja die Ausübung hoheitlicher Gewalt ein Wesensmerkmal für den Vollzug parlamentarisch-demokratisch zustande gekommener Gesetze darstellt. Wenn dann allerdings Binnenverluste bei der Umsetzung dieser Gesetze durch eine übermäßige, interne Beteiligung der Bediensteten erfolgen, so kann letztlich die Funktionsfähigkeit der demokratischen Willensbildung, aber auch die Tatkraft der Behördenstruktur in Frage gestellt werden. Eine extensive Auslegung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte wird sich dann immer die Frage stellen lassen müssen, ob das demokratisch verantwortete Staatshandeln in den verfassungsrechtlich vorgegebenen Bahnen verbleiben kann.

Die Regelungen des LPVG NRW betreffen die größte Landesverwaltung unter den Bundesländern. Hier sind zahlreiche personalvertretungsrechtliche Besonderheiten vorhanden, die auch von dem ursprünglich in Teilbereichen auch für die Länder geltenden Bundespersonalvertretungsgesetz deutlich abweichen. Das kommt insbesondere im Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts und schulrechtlicher Vorschriften vom 9.10.2007 zum Ausdruck. Damals war vorgesehen, das Landesrecht wiederum an das Bundespersonalvertretungsgesetz anzupassen, aber auch die Grenzen einer Beteiligung im Hinblick auf die Entscheidung des BVerfG vom 24.5.1995 zum Mitbestimmungsgesetz in Schleswig-Holstein aufzuzeigen. Eine grundlegende Änderung ist dann allerdings nach dem erneut erfolgten Regierungswechsel mit dem am 16.7.2011 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts und anderer Vorschriften eingetreten. Die Einschränkung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten aus der Gesetzesänderung im Jahr 2007 wurde rückgängig gemacht. Diese Rechte der Personalräte sind gestärkt worden, was insbesondere bei den prozessbegleitenden Informationsrechten bei Organisationsmaßnahmen (§ 65 Abs. 1 S. 3 und 4 LPVG) und bei der Errichtung von speziellen Wirtschaftsausschüssen durch die Personalräte nach § 65a LPVG verdeutlicht wurde. Ob allerdings eine frühzeitige Einschaltung der Personalräte mittels der Wirtschaftsausschüsse gerade in wirtschaftlichen Angelegenheiten der Verwaltung immer zielführend ist, wird man hinterfragen dürfen. Die hier gemachten Erfahrungen sind noch nicht endgültig ausgewertet. Das mit der LPVG-Änderung 2011 verfolgte Ziel, die Entscheidungsprozesse transparenter und zeitlich effizienter zu machen, wird sich in der Praxis oft nicht durchsetzen lassen.

Erheblichen Einfluss auf die Auslegung des LPVG NRW hat die Rechtsprechung der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Der Gesetzgeber hat hier die früher eingeschränkten Rechtsschutzmöglichkeiten von Personalräten durchaus ausgeweitet (§ 79 Abs. 3 LPVG). Es können nunmehr auch jederzeit Beschlussverfahren durch die Personalräte eingeleitet werden, mit denen der Dienststelle eine Handlung oder Unterlas-



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

sung aufgegeben werden kann. Auch hier stellt sich wiederum das Problem, ob die Vollziehung demokratisch zustande gekommener Gesetze hierdurch nicht beeinträchtigt werden darf.

Der vorliegende Kommentar soll das Verständnis des diffizilen Landespersonalvertretungsrechts in NRW erleichtern. Es soll aber auch ein schneller und gründlicher Einstieg in die speziellen Rechtsfragen ermöglicht werden. Dabei ist insbesondere auf die Praxis abzustellen. Weiterführende Hinweise auf die einschlägige Rechtsprechung, die im LPVG NRW ausgesprochen vielfältig Spuren hinterlassen hat, erleichtern den Umgang mit den oft sperrigen Normen des LPVG NRW.

Die Herausgeber freuen sich darüber, dass eine große Zahl von Experten aus der Beratungspraxis, der forensischen Praxis, aus der Verwaltung und aus der Richterschaft für die anspruchsvolle Kommentierung des LPVG gewonnen werden konnten. Sie bedanken sich ausdrücklich für die jeweils geleisteten Einzelkommentierungen. Diese werden der Praxis in den Dienststellen, den Leitern der Dienststellen und den Personalräten und den betreffenden rechtsberatenden Berufen eine Hilfestellung sein. Die Autoren sind im Übrigen für alle Zusendungen und Anregungen aus der zu erwartenden Leserschaft dankbar. Sie werden zur Bereicherung und Vertiefung der erörterten Problemlagen beitragen können.

Köln, im September 2016

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX

Teil A. Gesetzestext

Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG)	1
--	---

Teil B. Kommentar

Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG)

Vor § 1	47
I. Rechtsnatur des Personalvertretungsrechts	47
II. Gebot der Zulassung von Mitarbeitervertretungen	48
Erstes Kapitel. Allgemeine Vorschriften	49
§ 1 [Bildung von Personalvertretungen]	49
I. Zum sachlichen Geltungsbereich des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW	49
II. Räumlicher Geltungsbereich	50
III. Persönlicher Geltungsbereich	51
IV. Zur Dienststelle iSd § 1 Abs. 2	51
V. Der von der Rechtsprechung herausgearbeitete Begriff der Dienststelle	51
VI. Herausnahme der Hochschulen	52
VII. Zu den Schulen	53
VIII. Zu den Gerichten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Gemeinden	54
IX. Der Begriff der Personalvertretung	55
X. Zum Begriff des Personalrats	55
XI. Nebenstellen oder Teile einer Dienststelle iSd § 1 Abs. 3	56
XII. Rechtsschutzfragen	57
§ 2 [Zusammenarbeit, Friedenspflicht]	57
I. Allgemeines	57
II. Konkrete Auslegungsregel für die Dienststellenverfassung und Verhaltensgebot	58
III. Zusammenarbeitsgrundsätze	59
IV. Zur Mitwirkung von Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen	60
V. Zum Begriff der Gewerkschaft und Arbeitgebervereinigung	60
VI. Umfang und Inhalt der Friedenspflicht gem. § 2 Abs. 2	61
VII. Bestehen einer Rügepflicht und Friedenspflicht	62
VIII. Beschränkung der Beteiligung außenstehender Stellen	63
IX. Rechtsschutzfragen	63
§ 3 [Neutralität]	64
I. Verbot jeglicher parteipolitischer Betätigung	64
II. Die Aufgabenwahrnehmung der Gewerkschaften und der Vereinigung der Arbeitgeber	65
III. Gewährleistung des Rechts der dienststellenbezogenen Gewerkschaften auf Zugang zur Dienststelle	66
§ 4 [Keine abweichende Regelung]	67
§ 5 [Beschäftigte]	68
I. Allgemein zur Regelung über den Begriff der Beschäftigten im öffentlichen Dienst	69

Inhaltsverzeichnis

II. Zur Beschäftigteneigenschaft und dem Gruppenprinzip	70
III. Zur Dienststellenzugehörigkeit der Beschäftigten	71
IV. Regelung für Beamte in § 5 Abs. 2	74
V. Zum Arbeitnehmerbegriff des § 5 Abs. 3	75
VI. Zu dem Ausnahmekatalog des § 5 Abs. 4	76
VII. Weitere Fälle des Nichtbestehens der Beschäftigteneigenschaft	77
VIII. Sonderregelung für Beschäftigte in gemeinsamen Dienststellen	78
§ 6 [Gruppen]	79
I. Gruppenprinzip als zentrales Element der Dienststellenverfassung	79
II. Zugehörigkeit zu den einzelnen Gruppen	80
III. Rechtsschutzfragen	81
§ 7 [Berufsausbildungsverhältnis]	81
I. Allgemeines zum Verbot der Behinderung, Benachteiligung oder der Begünstigung und der Schutznorm für Auszubildende	82
II. Speziell zum Behinderungsverbot	84
III. Zur Schutzregelung für die in einem Ausbildungsverhältnis stehenden Beschäftigten	85
IV. Rechtsschutzfragen	86
§ 8 [Leiter, Vorstand, Kanzler]	87
I. Allgemeines zur Vertretungsregelung für die Dienststelle	87
II. Spezielle Vertretungsfälle	89
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes	90
§ 9 [Schweigepflicht]	90
I. Allgemeines zur Schweigepflicht	90
II. Inhalt und Grenzen der Schweigepflicht	92
III. Rechtsfolgen von Verstößen	94
IV. Aussageverbote und Zeugnisverweigerungsrecht nach § 9 Abs. 3	94
V. Rechtsschutzfragen	95
Zweites Kapitel. Allgemeine Vorschriften	97
Erster Abschnitt. Wahl und Zusammensetzung	97
§ 10 [Wahlberechtigte]	97
I. Wahlberechtigung (§ 10 Abs. 1)	98
II. Wahlrecht bei Abordnung, Zuweisung oder Gestellung (§ 10 Abs. 2)	102
III. Beschäftigte ohne Wahlrecht (§ 10 Abs. 3)	104
§ 11 [Wählbarkeit]	105
I. Wählbarkeit (§ 11 Abs. 1)	106
II. Ausschluss der Wählbarkeit (§ 11 Abs. 2 und 3)	107
III. Mitglieder kommunaler Vertretungsorgane	109
§ 12 [Neue Dienststellen]	109
§ 13 [Personalrat]	109
I. Personalratsfähigkeit der Dienststelle (§ 13 Abs. 1)	110
II. Kleinstdienststellen (§ 13 Abs. 2)	111
III. Größe des Personalrats (§ 13 Abs. 3 und 4)	111
§ 14 [Gruppenvertretung]	112
I. Stärkenentsprechende Vertretung der Gruppen im Personalrat (§ 14 Abs. 1)	113
II. Personalratssitze der Gruppen nach dem Verhältniswahlprinzip (§ 14 Abs. 2)	113
III. Mindestvertretung der Gruppen (§ 14 Abs. 3)	114
IV. Beschränkung des Minderheitenschutzes für Kleinstgruppen (§ 14 Abs. 4)	114
V. Verschiedene Beschäftigungsarten (§ 14 Abs. 5)	114
VI. Gleichberechtigung von Mann und Frau (§ 14 Abs. 6)	115
§ 15 [Abweichende Regelung]	115
I. Abweichende Sitzverteilung (§ 15 Abs. 1)	115
II. Gruppenfremde Mitglieder (§ 15 Abs. 2)	115
§ 16 [Wahl]	116
I. Allgemeine Grundsätze der Wahl, Gruppenwahl	117

II. Gemeinsame Wahl	119
III. Wahlvorschläge	120
§ 17 [Wahlvorstand, Vorsitzender]	120
I. Bestellung des Wahlvorstandes (§ 17 Abs. 1)	120
II. Wahl durch die Personalversammlung (§ 17 Abs. 2)	122
§ 18 [Bestellung durch Personalversammlung]	122
I. Voraussetzungen	123
II. Einberufung der Personalversammlung	123
§ 19 [Bestellung durch Dienststellenleiter]	123
I. Bestellung eines Wahlvorstandes durch die Dienststelle	124
II. Stufenvertretung/Sonderversetzung	124
§ 20 [Aufgaben des Wahlvorstandes]	124
I. Aufgaben des Wahlvorstandes (Vorbereitung/Durchführung)	125
II. Teilnahmerechte	127
III. Abberufung des Wahlvorstandes	127
IV. Stufenvertretung/Sonderversetzung	127
§ 21 [Freie Wahl]	128
I. Schutz der Wahl (§ 21 Abs. 1)	128
II. Kosten der Wahl (§ 21 Abs. 2)	130
III. Stufenvertretung/Sonderversetzung	130
§ 22 [Anfechtung]	130
I. Gegenstand der Wahlanfechtung	131
II. Voraussetzung für die Wahlanfechtung (formell/materiell)	131
III. Anfechtungsverfahren	134
IV. (Rechts-)Folgen der erfolgreichen/erfolglosen Anfechtung	135
V. Nichtigkeit der Wahl	136
Zweiter Abschnitt. Amtszeit	137
§ 23 [Amtszeit]	137
I. Allgemeines	137
II. Regelmäßige Amtszeit	138
III. Amtszeit in Sonderfällen	138
IV. Weiterführung der Geschäfte	140
V. Streitigkeiten	141
§ 24 [Neuwahl]	141
I. Allgemeines	142
II. Neuwahlen	142
III. Weiterführung der Geschäfte	146
IV. Gruppenneuwahl	146
V. Streitigkeiten	147
§ 25 [Ausschluß und Auflösung durch Verwaltungsgericht]	147
I. Allgemeines	148
II. Ausschluß-/Auflösungsverfahren	148
III. Ausschluß eines Mitglieds aus dem Personalrat	151
IV. Auflösung des Personalrats	156
V. Pflichtverletzungen der Dienststelle	157
§ 26 [Erlöschen der Mitgliedschaft]	158
I. Allgemeines	159
II. Erlöschenstatbestände	159
III. Folgen des Erlöschens der Mitgliedschaft	165
IV. Wechsel der Gruppenzugehörigkeit	165
§ 27 [Ruhe der Mitgliedschaft]	166
I. Allgemeines	166
II. Ruhestatbestände	166
III. Rechtsfolgen des Ruhens der Mitgliedschaft	167

Inhaltsverzeichnis

§ 28 [Ersatzmitgliedschaft]	168
I. Allgemeines	169
II. Rechtsstellung des Ersatzmitglieds	169
III. Fallgruppen des Eintritts eines Ersatzmitglieds	170
IV. Reihenfolge des Eintritts der Ersatzmitglieder	172
V. Wechsel der Gruppenzugehörigkeit	173
VI. Streitigkeiten	173
Dritter Abschnitt. Geschäftsführung	174
§ 29 [Vorstand, Vorsitz, Stellvertretung]	174
I. Neuerungen	174
II. Verfassungsmäßigkeit der Norm	174
III. Allgemeines	175
IV. Personalratsvorsitz und Stellvertretung (§ 29 Abs. 1)	176
V. Aufgaben der vorsitzenden Person (§ 29 Abs. 2)	177
§ 30 [Einberufung]	180
I. Neuerungen	181
II. Allgemeines	181
III. Konstituierende Sitzung (§ 30 Abs. 1)	182
IV. Weitere Sitzungen (§ 30 Abs. 2)	183
V. Sondersitzungen auf Antrag (§ 30 Abs. 3)	187
VI. Sitzungsteilnahme der Dienststelle (§ 30 Abs. 4)	188
§ 31 [Sitzungen]	188
I. Neuerungen	189
II. Allgemeines	189
III. Sitzungszeitpunkt und Informationspflicht (§ 31 Abs. 1)	189
IV. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit (§ 31 Abs. 2)	190
§ 32 [Teilnahme von Gewerkschafts- und Stufenvertretern]	192
I. Neuerungen	192
II. Allgemeines	193
III. Sitzungsteilnahme von Gewerkschaften (§ 32 Abs. 1)	193
IV. Sitzungsteilnahme von Stufenvertretungs- und Gesamtpersonalratsmitgliedern (§ 32 Abs. 2)	195
§ 33 [Beschlussfassung]	195
I. Neuerungen	196
II. Allgemeines	196
III. Beschlussfassung des Personalrats (§ 33 Abs. 1)	196
IV. Beschlussfähigkeit (§ 33 Abs. 2)	201
§ 34 [Gemeinsame Angelegenheiten]	202
I. Neuerungen	202
II. Allgemeines	202
III. Gemeinsame Angelegenheiten der Gruppen (§ 34 Abs. 1)	203
IV. Nur eine Gruppe betreffende Angelegenheiten (§ 34 Abs. 2)	204
§ 35 [Beschlussaussetzung auf Antrag einer Gruppe]	205
I. Änderungen	206
II. Allgemeines	206
III. Aussetzung der Beschlusswirkung (§ 35 Abs. 1)	206
IV. Neubeschluss nach Ablauf der Aussetzungsfrist (§ 35 Abs. 2)	209
V. Erweiterung der Regelungswirkung (§ 35 Abs. 3)	210
§ 36 [Teilnahme von Gruppenvertretern]	210
I. Allgemeines	210
II. Beratende Teilnahmeberechtigung (§ 36 Abs. 1)	210
III. Teilnahme und Abstimmungsrechte der gesamten JAV (§ 36 Abs. 2)	212
§ 37 [Niederschrift]	213
I. Neuerungen	213
II. Allgemeines	214

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

III. Inhalts- und Formvorgaben (§ 37 Abs. 1)	214
IV. Informationspflichten und Rügemoöglichkeiten (§ 37 Abs. 2)	216
§ 38 [Geschäftsordnung]	217
I. Allgemeines	217
II. Geschäftsordnung	218
§ 39 [Sprechstunden]	220
I. Neuerungen	220
II. Allgemeines	221
III. Sprechstunden (§ 39 Abs. 1)	221
IV. Rechtsfolgen der Inanspruchnahme des Personalrats für die Bezüge (§ 39 Abs. 2)	223
§ 40 [Kosten]	223
I. Neuerungen	224
II. Allgemeines	224
III. Kostenübernahme durch die Dienststelle (§ 40 Abs. 1)	225
IV. Haushaltsmittel für den Personalrat (§ 40 Abs. 2)	230
V. Sachmittel und Büropersonal für den Personalrat (§ 40 Abs. 3)	231
VI. Informationswege vom Personalrat an die Beschäftigten (§ 40 Abs. 4)	234
§ 41 [Keine Beiträge]	235
I. Allgemeines	235
II. Umfang des Beitragserhebungsverbot	236
Vierter Abschnitt. Rechtsstellung der Mitglieder	237
§ 42 [Rechtsstellung der Mitglieder]	237
I. Allgemeines	238
II. Ehrenamt	239
III. Bezügesicherung und Befreiung bei Versäumnis von Arbeitszeit	239
IV. Freistellung	243
V. Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	251
VI. Unfallfürsorge	257
§ 43 [Schutz vor Versetzung und Abordnung]	257
I. Allgemeines	258
II. Schutz vor Versetzung, Abordnung, Umsetzung nach § 72 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, Zuweisung oder Gestellung (§ 43 Abs. 1)	259
III. Schutz vor außerordentlicher Kündigung (§ 43 Abs. 2)	267
Drittes Kapitel. Personalkommission	279
§ 44 [Personalkommission]	279
I. Vorbemerkung	280
II. Zusammenlegung von Dienststellen (§ 44 Abs. 1–5)	280
III. Teilung, Umwandlung und Auflösung von Dienststellen (§ 44 Abs. 6)	283
IV. Streitigkeiten	284
Viertes Kapitel. Personalversammlung	285
§ 45 [Personalversammlung]	285
I. Überblick	285
II. Zusammensetzung der Personalversammlung	286
III. Organisation der Personalversammlung	287
IV. Streitigkeiten	291
§ 46 [Tätigkeitsbericht]	292
I. Vorbemerkung	292
II. Die ordentliche Personalversammlung (§ 46 Abs. 1)	293
III. Die außerordentliche Personalversammlung (§ 46 Abs. 2)	295
IV. Streitigkeiten	297
§ 47 [Dienstbefreiung]	297
I. Überblick	297
II. Zeitpunkt der Personalversammlung	298

Inhaltsverzeichnis

III. Kosten der Personalversammlung	299
IV. Streitigkeiten	301
§ 48 [Anträge, Stellungnahmen]	301
I. Überblick	301
II. Befugnisse	302
III. Zulässige Themen der Personalversammlung	304
IV. Friedenspflicht und Verbot der parteipolitischen Aktivität	305
V. Streitigkeiten	306
§ 49 [Beratende Teilnehmer]	306
I. Überblick	307
II. Erweiterter Kreis der Teilnahmeberechtigten	307
III. Streitigkeiten	312
Fünftes Kapitel. Stufenvertretungen	315
§ 50 [Bezirks- und Hauptpersonalräte]	315
I. Allgemeines	316
II. Bildung von Personalräten (§ 50 Abs. 1)	316
III. Wahlberechtigung (§ 50 Abs. 2)	318
IV. Grundsätze (§ 50 Abs. 3)	319
V. Wahlvorstand (§ 50 Abs. 4)	321
VI. Vertretung einzelner Gruppen (§ 50 Abs. 5)	321
VII. Rechtsweg	321
§ 51 [Amtszeit, Geschäftsführung]	322
I. Allgemeines	322
II. Amtszeit (§ 51 S. 1)	322
III. Geschäftsführung (§ 51 S. 1 und 4)	323
IV. Rechtsstellung der Mitglieder (§ 51 S. 1–3)	325
V. Rechtsweg	326
Sechstes Kapitel. Gesamtpersonalrat	327
§ 52 [Gesamtpersonalrat]	327
I. Allgemeines	327
II. Gesamtpersonalrat (§ 52 S. 1)	328
III. Aufgaben (§ 52 S. 2)	329
IV. Rechtsweg	329
§ 53 [Wahl, Amtszeit, Geschäftsführung]	329
I. Allgemeines	330
II. Wahl	330
III. Amtszeit	331
IV. Geschäftsführung	331
V. Rechtsstellung der Mitglieder	331
VI. Rechtsweg	331
Siebttes Kapitel. Jugend- und Auszubildendenvertretung	333
§ 54 [Bildung von Vertretungen]	333
I. Aufgaben und Befugnisse der Jugend- und Auszubildendenvertretung	333
II. Voraussetzung für die Bildung einer Jugend- und Auszubildendenvertretung	333
§ 55 [Wahlberechtigte, Wählbarkeit]	334
I. Allgemeines	334
II. Wahlberechtigung	334
III. Wählbarkeit	335
§ 56 [Zusammensetzung]	336
I. Allgemeines	336
II. Größe der Jugend- und Auszubildendenvertretung	336
III. Zusammensetzung der Jugend- und Auszubildendenvertretung	337

§ 57 [Wahlvorstand, Amtszeit]	337
I. Anwendung der Wahlvorschriften für den Personalrat	338
II. Bestimmung des Wahlvorstands	338
III. Größe des Wahlvorstands	339
IV. Wahlgrundsätze für die JAV-Wahl	339
V. Kosten, Reisekosten, Versäumnisse der Arbeitszeit	339
VI. Anfechtung der JAV-Wahl	340
VII. Amtszeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung	340
VIII. Auflösung, Ausschluss, Erlöschen nach Ruhen der Mitgliedschaft	340
IX. Erlöschen der Mitgliedschaft in der JAV	341
X. Ersatzmitgliedschaft	341
XI. Mehrköpfige Jugend- und Auszubildendenvertretung	341
§ 58 [Rechtsstellung]	342
I. Rechtsstellung der Mitglieder der JAV	342
II. Freistellung	343
III. Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	343
IV. Kündigungs-, Versetzungs- und Abordnungsschutz	344
§ 59 [Jugend- und Auszubildendenversammlung]	344
I. JAV-Versammlung	344
II. Organisation	345
III. Leitung und Durchführung	345
§ 60 [Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung]	346
I. Mehrstufige Verwaltungen	346
II. Die Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung	346
§ 61 [Aufgaben]	347
I. Allgemeines	348
II. Aufgaben und Befugnisse der JAV	348
III. Fragen der Berufsbildung	349
IV. Überwachungsaufgaben	350
V. Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten	350
VI. Die Zusammenarbeit der JAV mit dem Personalrat	351
VII. Informationspflicht des Personalrats	352
VIII. Vierteljahresgespräche	353
IX. Auswahl der Ausbildungsleitung	353
Achtes Kapitel. Beteiligung der Personalvertretung	355
Erster Abschnitt. Allgemeines	355
§ 62 [Gleichwertige Behandlung]	355
I. Allgemeines	355
II. Kontrolle des Personalrats	358
III. Die einzelnen Ungleichbehandlungsverbote	359
§ 63 [Pflichtbesprechungen]	366
I. Vierteljahresgespräch	366
II. Teilnehmerkreis	367
III. Verweigerung des Vierteljahresgesprächs	367
IV. Einberufung und Durchführung des Vierteljahresgesprächs	368
V. Gegenstand eines Vierteljahresgesprächs	368
VI. Ernster Wille zur Einigung	369
§ 64 [Allgemeine Aufgaben des Personalrats]	369
I. Allgemeines	370
II. Aufgaben	371
§ 65 [Unterrichtung, Personalakten, Datenschutz]	376
I. Allgemeines Informationsrecht des Personalrats	377
II. Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung	379
III. Vorlage von Unterlagen	380
IV. Schriftliche Unterlagen	380

Inhaltsverzeichnis

V. Online-Zugangsrecht	381
VI. Beispiele für den Anspruch auf Vorlage von schriftlichen Informationen	382
VII. Beispiele für fehlende Vorlagepflicht	385
VIII. Organisationsentscheidungen der Dienststelle	386
IX. Beteiligung bei Einstellungen	387
X. Vorstellungsverfahren, Assessment-Center	388
XI. Einsichtnahme in Personalakten	388
XII. Dienstliche Beurteilungen	389
XIII. Besprechungen mit entscheidungsbefugten Personen	389
XIV. Datenschutz	390
XV. Verfahrensrechtliche Fragen	391
§ 65a [Wirtschaftsausschuss]	391
I. Allgemeines	393
II. Der Wirtschaftsausschuss	393
III. Die Bildung des Wirtschaftsausschusses	394
IV. Unterrichtung des Personalrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten	395
V. Unterrichtung des Personalrats	395
VI. Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses	395
VII. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	396
VIII. Wirtschaftliche Angelegenheiten	397
IX. Fachliche und persönliche Eignung der Mitglieder	400
X. Ehrenamt und Teilnahme an Schulungsveranstaltungen	401
XI. Dauer der Amtsperiode	401
XII. Sitzungen des Wirtschaftsausschusses	401
XIII. Bericht an Personalrat	402
XIV. Wirtschaftsausschuss in mehrstufigen Verwaltungen	402
Zweiter Abschnitt. Formen und Verfahren	404
§ 66 [Zustimmungsverfahren]	404
I. Allgemeines	407
II. Maßnahme als Gegenstand der Mitbestimmung	409
III. Einigungsverfahren nach § 66 Abs. 2, 3	411
IV. Initiativanträge des Personalrats	422
V. Stufenverfahren nach § 66 Abs. 5	426
VI. Endgültige Entscheidung der obersten Stelle bei Initiativanträgen des Personalrats zu Personalangelegenheiten nach § 66 Abs. 6	431
VII. Einigungsstellenverfahren nach § 66 Abs. 7	431
VIII. Vorläufige Regelungen nach § 66 Abs. 8	437
§ 67 [Einigungsstelle]	440
I. Allgemeines	443
II. Bildung und Zusammensetzung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 1	443
III. Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 2	446
IV. Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 3	450
V. Verfahren vor der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 4–6	451
VI. Wirkung des Beschlusses	459
VII. Geschäftsführung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 7	461
VIII. Wahrnehmung der Personalvertretungsbefugnisse bei obersten Dienstbehörden mit Haupt- oder Gesamtpersonalrat nach § 67 Abs. 8 und 9	462
§ 68 [Endgültige Entscheidung]	463
I. Allgemeines	464
II. Entscheidung über Empfehlungen der Einigungsstelle nach § 66 Abs. 7 S. 3	464
III. Entscheidung über endgültige Entscheidungen der Einigungsstelle gem. § 66 Abs. 7 S. 4	464
IV. Bestimmung der endgültig entscheidenden Stelle	465
V. Entscheidung der zuständigen Stelle	466
§ 69 [Mitwirkungsverfahren]	467
I. Allgemeines	468
II. Zu Sinn und Zweck der Regelung	469

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

III. Die einzelnen Mitwirkungsstatbestände	470
IV. Das Verfahren zwischen Dienststelle und Personalrat im Einzelnen	470
V. Antrag bei der übergeordneten Dienststelle	472
VI. Sonderregelung des Mitwirkungsverfahrens bei Fehlen einer übergeordneten Dienststelle	474
VII. Rechtsfolgen bei Fehlen einer ordnungsgemäßen Beteiligung des Personalrats	475
§ 70 [Dienstvereinbarungen]	475
I. Allgemeines	476
II. Vergleich mit dem Bundesrecht und den früheren LPVG-NRW-Regelungen	476
III. Rechtscharakter und Begriff der Dienstvereinbarung	478
IV. Gegenstände einer Dienstvereinbarung	479
V. Positive Anwendungsfälle für den Abschluss von Dienstvereinbarungen	480
VI. Zum Abschluss von Dienstvereinbarungen	481
VII. Beendigungsgründe für Dienstvereinbarungen	483
VIII. Die besondere Regelung über das Fortgelten von Dienstvereinbarungen in § 70 Abs. 4 S. 2 und 3	484
IX. Rechtsschutzfragen	485
X. Zulässigkeit von Dienstabsprachen uÄ	487
§ 71 [Durchführung von Entscheidungen]	487
I. Allgemeines	487
II. Zur Durchführungspflicht im Einzelnen	488
III. Unterrichtungspflicht für die Dienststelle	489
IV. Rechtsschutzfragen	489
Dritter Abschnitt. Beteiligungspflichtige Angelegenheiten	491
§ 72 [Mitbestimmungsangelegenheiten]	491
I. Vorbemerkung	500
II. Mitbestimmungskatalog in Personalangelegenheiten (§ 72 Abs. 1)	501
III. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (§ 72 Abs. 2)	544
IV. Mitbestimmung in Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten (§ 72 Abs. 3)	561
V. Mitbestimmung in sonstigen kollektiven Angelegenheiten (§ 72 Abs. 4)	590
VI. Mitbestimmung bei probeweise oder befristet durchgeführten Maßnahmen (§ 72 Abs. 5)	701
§ 72a (aufgehoben)	702
§ 73 [Mitwirkungsangelegenheiten]	703
I. Entwicklung der Gesetzesbestimmung	704
II. Verwaltungsanordnungen einer Dienststelle für die innerdienstlichen, sozialen oder persönlichen Angelegenheiten der Beschäftigten ihres Geschäftsbereichs (§ 73 Nr. 1)	705
III. Stellenausschreibungen, soweit die Personalmaßnahme der Mitbestimmung unterliegen kann (§ 73 Nr. 2)	710
IV. Errichtung, Auflösung, Einschränkung, Verlegung oder Zusammenlegung von Dienststellen oder wesentlichen Teilen von ihnen (§ 73 Nr. 3)	715
V. Behördliche oder betriebliche Grundsätze der Personalplanung (§ 73 Nr. 4)	723
VI. Aufträge zur Überprüfung der Organisation oder Wirtschaftlichkeit einer Dienststelle durch Dritte (§ 73 Nr. 5)	725
VII. Erhebung der Disziplinaranzeige gegen eine Beamtin oder einen Beamten, wenn sie oder er die Beteiligung des Personalrats beantragt (§ 73 Nr. 6)	727
VIII. Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung (§ 73 Nr. 7)	731
IX. Grundlegende Änderungen von Arbeitsabläufen bei Wirtschaftsbetrieben (§ 73 Nr. 8)	732
X. Streitigkeiten	734
§ 74 [Stellungnahme bei Entlassungen]	735
I. Allgemeines	736
II. Mitbestimmung bei ordentlichen Kündigungen (§ 74 Abs. 1)	737

Inhaltsverzeichnis

III. Anhörung vor Abmahnung, bei Kündigungen in der Probezeit, bei außerordentlichen Kündigungen, bei Aufhebungs- oder Beendigungsverträgen und bei Mitteilungen an Auszubildende darüber, dass ihre Einstellung nach beendeter Ausbildung nicht beabsichtigt ist (§ 74 Abs. 2)	750
IV. Folgen nicht ordnungsgemäßer Beteiligung des Personalrats (§ 74 Abs. 3)	769
V. Anhörung des Betroffenen und Einwendungen des Personalrats (§ 74 Abs. 4) ..	772
VI. Beteiligungsverfahren bei ordentlichen Kündigungen (§ 74 Abs. 5)	773
VII. Einwendungen bei außerordentlichen Kündigungen und Kündigungen in der Probezeit (§ 74 Abs. 6)	774
VIII. Einwendungen bei Aufhebungs- und Beendigungsverträgen (§ 74 Abs. 7)	775
IX. Initiativanträge (§ 74 Abs. 8)	775
X. Streitigkeiten	775
§ 75 [Anhörung bei Strukturveränderungen]	776
I. Allgemeines	776
II. Vorbereitung der Entwürfe von Stellenplänen, Bewertungsplänen und Stellenbesetzungsplänen (§ 75 Abs. 1 Nr. 1)	778
III. Grundlegende Änderungen von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen (§ 75 Abs. 1 Nr. 2)	780
IV. Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Anmietung von Diensträumen (§ 75 Abs. 1 Nr. 3)	782
V. Anordnung von amts- und vertrauensärztlichen Untersuchungen zur Feststellung der Arbeits- oder Dienstfähigkeit (§ 75 Abs. 1 Nr. 4)	786
VI. Wesentliche Änderung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen (§ 75 Abs. 1 Nr. 5)	790
VII. Zeitpunkt der Anhörung (§ 75 Abs. 2)	792
§ 76 [Teilnahme an Prüfungen]	793
I. Allgemeines	793
II. Prüfungen	794
III. Umfang des Teilnahmerechts	795
IV. Teilnahmeberechtigung	797
§ 77 [Arbeitsschutz und Unfallverhütung]	798
I. Allgemeines	799
II. Beteiligung des Personalrats bei Arbeitsschutz und Unfallverhütung (§ 77 Abs. 1)	800
III. Hinzuziehungs- und Mitwirkungspflichten (§ 77 Abs. 2)	803
IV. Teilnahme an Besprechungen mit den Sicherheitsbeauftragten (§ 77 Abs. 3) ..	805
V. Niederschriften über Untersuchungen, Besichtigungen und Besprechungen (§ 77 Abs. 4)	806
VI. Aushändigung der Unfallanzeige (§ 77 Abs. 5)	806
VII. Streitigkeiten	807
Vierter Abschnitt. Beteiligung der Stufenvertretung und des Gesamtpersonalrats	809
§ 78 [Beteiligung der Stufenvertretungen]	809
I. Allgemeines	810
II. Zuständigkeiten (§ 78 Abs. 1)	810
III. Beteiligung zusätzlicher Personalräte (§ 78 Abs. 2)	813
IV. Dienststellen ohne Personalvertretung (§ 78 Abs. 3)	815
V. Verteilung der Zuständigkeit zwischen Personalrat und Gesamtpersonalrat (§ 78 Abs. 4)	815
VI. Beteiligung von Stufenvertretungen und Gesamtpersonalräten (§ 78 Abs. 5) ..	815
VII. Bildung von Arbeitsgemeinschaften (§ 78 Abs. 6)	816
VIII. Rechtsweg	816
Neuntes Kapitel. Gerichtliche Entscheidung	817
§ 79 [Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte]	817
I. Überblick	818
II. Rechtswegeröffnung (§ 79 Abs. 1)	819

III. Verweis auf das arbeitsgerichtliche Verfahren (§ 79 Abs. 2)	825
IV. Unterlassung und Durchführung von Maßnahmen, gesonderte Verweise auf das arbeitsgerichtliche Verfahren (§ 79 Abs. 3)	835
V. Einstweilige Verfügung nach § 79 Abs. 3 S. 2 iVm § 85 Abs. 2 ArbGG	838
VI. Zwangsvollstreckung nach § 79 Abs. 3 S. 3 iVm § 85 Abs. 1 ArbGG	840
§ 80 [Fachkammern, Fachsenate]	841
I. Überblick	842
II. Fachkammern/Fachsenate (§ 80 Abs. 1)	842
III. Besetzung der Fachspruchkörper (§ 80 Abs. 2)	843
IV. Besetzung (§ 80 Abs. 3)	848
Zehntes Kapitel. Sondervorschriften für besondere Verwaltungszweige und die Behandlung von Verschlusssachen	849
Erster Abschnitt. Polizei	849
§ 81 [Sonderregelungen]	849
I. Allgemeines	849
II. Persönlicher Geltungsbereich	849
§ 82 Dienststellen	850
I. Allgemeines	850
II. Kreispolizeibehörden	850
III. LKA	851
IV. LZPD	851
V. LAFP	851
VI. DHPol	852
§ 83 Wahlberechtigung	852
I. Allgemeines	853
II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit bei Abordnung	853
III. Sonderregelungen für Kommissaranwärter	854
§ 84 Hauptpersonalrat	854
I. Allgemeines	855
II. Stellung und Wahlberechtigung	855
Zweiter Abschnitt. Lehrkräfte	856
§ 85 [Sonderregelungen]	856
I. Allgemeines	856
II. Lehrkräfte iSd § 85 Abs. 1 S. 1 – Begriffsinhalt, Abgrenzungen und bestehende Kasuistik	858
III. Sonderregelung für die Vertretung der Dienststelle (§ 85 Abs. 2)	860
IV. Der Ausschluss der Geltung der Gruppenvorschriften (§ 85 Abs. 3 S. 1)	861
V. Anzahl von gemeinschaftlichen Besprechungen und Freistellungsregelungen (§ 85 Abs. 4–6)	861
VI. Freistellungsregelung (§ 85 Abs. 5)	862
VII. Rechtsschutzfragen	864
§ 86 [Schulen und Studienseminare]	864
I. Spezielle Lehrkräfte-Personalräte	864
II. Verfassungsrechtlicher Schulbegriff	865
III. Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung	866
§ 87 [Lehrergruppen]	866
I. Allgemeines	867
II. Keine formell-gesetzliche Aufzählung der Schulformen mehr	869
III. Besondere Einrichtungen des Schulwesens und fakultative Möglichkeit der Bildung getrennter Personalvertretungen	871
§ 88 [Dienststellen]	871
I. Allgemeines	872
II. Alleiniger Bezug auf Lehrkräfte im Landesdienst	873
III. Sonderregelung für nicht im Landesdienst beschäftigte Lehrkräfte	873

Inhaltsverzeichnis

IV. Anwendungsausschluss des § 1 Abs. 3	874
V. Rechtscharakter der neu errichteten Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule NRW	874
§ 89 [Stufenvertretungen]	875
I. Allgemeines	875
II. Bestimmung der Dienststelle für die im Landesdienst beschäftigten Lehrkräfte	876
III. Bildung von Stufenvertretungen für die im Landesdienst beschäftigten Lehrkräfte	877
IV. Spezielle Regelung für die Bezirkspersonalräte für Lehrkräfte an Hauptschulen	878
§ 90 [Vorschlagsrecht]	879
I. Allgemeines	880
II. Zum passiven und aktiven Wahlrecht	880
III. Erweiterung des Lehrkräftebegriffs	882
§ 91 [Versetzung]	883
I. Allgemeines	884
II. Kritik an der Erweiterung des Versetzungsbegriffs	885
III. Abordnung an eine andere Schule	886
IV. Keine entsprechende Anwendung der Sperrregelung des § 43	886
V. Nur Mitbestimmung des Personalrats der bisherigen Dienststelle	887
VI. Einzelheiten der Abordnungen von Lehrkräften	888
§ 92 [Rechtsverordnungen über Dienststellen]	890
I. Allgemeines	890
II. Die Bestimmung der Schulform im Verordnungswege	891
III. Spezielle Dienststellenfestlegung im Verordnungswege	892
IV. Zur Dienststellenleitung im Schulbereich	893
V. Zur Grundvoraussetzung der Zuständigkeit des Schulträgers	893
Dritter Abschnitt. Justizvollzug	895
Vor §§ 93, 94	895
§ 93 [Regelungen für Beschäftigte im Justizvollzug]	895
I. Entstehung	895
II. Personenkreis	895
§ 94 [Hauptpersonalrat für Beschäftigte im Justizvollzug]	896
I. Entstehung	896
II. Besondere Stufenvertretung	896
III. Wahlberechtigung	896
Vierter Abschnitt. Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst	897
§ 95 [Sonderregelungen]	897
I. Geltungsbereich	897
II. Anwendbare Regelungen	897
§ 96 [Personalvertretungen]	898
I. Besondere Personalvertretungen (§ 96 Abs. 1)	898
II. Dienststelle/Stammdienststelle (§ 96 Abs. 2)	898
§ 97 [Wahlberechtigung, Wählbarkeit]	899
I. Wahlberechtigung (§ 97 Abs. 1)	899
II. Fehlendes Wahlrecht (§ 97 Abs. 2)	900
III. Passives Wahlrecht (§ 97 Abs. 3)	900
§ 98 [Wahlvorschläge]	901
§ 99 [Wahlperiode]	901
§ 100 [Bezirkspersonalrat]	901
I. Zusammensetzung (§ 100 Abs. 1)	902
II. Mitgliederzahl (§ 100 Abs. 2)	902
III. Wahlvorstand (§ 100 Abs. 3)	903
IV. Ausscheidende Mitglieder – Nachwahl	903

§ 101 [Zuweisung zu auswärtigen Ausbildungsstellen]	903
I. Rechtsstellung der Mitglieder (§ 101 Abs. 1)	903
II. Ausbildungsstellen außerhalb des Bezirks (§ 101 Abs. 2)	904
§ 102 [Zuständigkeiten und Befugnisse]	905
I. Aufgabengebiete (§ 102 Abs. 1)	905
II. Befugnisse einer JAV (§ 102 Abs. 2)	906
III. Angelegenheiten der Bezirksregierung (§ 102 Abs. 3)	907
IV. Stufenverfahren (§ 102 Abs. 4)	907
§ 103 [Vertretung durch Ausbildungsleiter]	907
Fünfter Abschnitt. Hochschulen	908
§ 104 [Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter]	908
I. Allgemeines	908
II. Erfasster Personenkreis	909
III. Anwendbare Vorschriften	912
§ 105 [Besondere Personalvertretungen]	913
I. Allgemeines	914
II. Besondere Personalvertretungen	914
III. Universitätskliniken als AöR	915
IV. Kunsthochschulen	915
§ 105a [Landespersonalrätekonferenz]	916
I. Allgemeines	916
II. Landespersonalrätekonferenzen	917
III. Aufgaben der Landespersonalrätekonferenzen	917
IV. Kostenübernahme	917
V. Reisekosten	918
VI. Konferenz der Personalvertretungen im Universitätsklinikum	918
§ 105b [Antrag auf Bildung eines Wirtschaftsausschusses]	919
Sechster Abschnitt. Behandlung von Verschlusssachen	920
§ 106 [Verschlusssachen]	920
I. Die Beteiligung im Rahmen von Verschlusssachen, die mindestens als „VS- Vertraulich“ klassifiziert sind	920
II. Geheimhaltungsgrade	921
III. Einwände des Personalrats gegen die Klassifizierung	922
IV. Umfang der Schweigepflicht	922
V. JAV sowie Schwerbehindertenvertrauensperson	922
VI. Pflicht zur Bildung eines Ausschusses für Verschlusssachen	923
VII. Einigungsstelle	923
Elftes Kapitel. Sonder- und Schlußvorschriften	925
§ 107 [Kirchen und Religionsgemeinschaften]	925
I. Inhalt und Geltungsbereich	925
II. Bereichsausnahme aus dem Personalvertretungsrecht	925
III. Religionsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlichem Status	926
IV. Karitative und erzieherische Einrichtungen einer Religionsgemeinschaft	926
V. Selbständige Ordnung eines Personalvertretungsrechts durch die Religionsgemeinschaften	927
VI. Verfahrensrechtliche Fragen	928
§ 108 [Wahl der Vertrauensleute]	928
§ 109 [Wahlvorschriften]	928
§ 110 [Berufsverbände]	929
§ 111 [Alte Dienstvereinbarungen]	930
§ 112 [Wahl und Wählbarkeit]	930
§ 113 [Anwendungsbereich]	931
§ 114 [Inkrafttreten, Außerkrafttreten]	931
Stichwortverzeichnis	933



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG